

Mit der Fernwärme gerät nun auch die zweite Säule der Wärmewende in Misskredit

Welt, 19.02.2024, Michael Höfling

Die Energiewende im Gebäudebereich sollte auf zwei Säulen aufbauen. Doch nach der Wärmepumpe gerät nun auch die Fernwärme durch intransparentes Geschäftsgebaren, horrenden Nachzahlungen und Klagen in Misskredit. Aussagen zu „fairer und bezahlbarer Wärme“ sind so nur noch schwer zu ertragen.

35 Prozent des Endenergieverbrauchs und etwa 30 Prozent der CO₂-Emissionen stammen in Deutschland laut Umweltbundesamt aus dem Gebäudesektor. Das Bestreben, diese Werte zu senken, hat seine Wurzeln zwar schon in der großen Ölkrise der 70er-Jahre. Doch erst in den vergangenen zweieinhalb Jahren hat sich das Thema mit Macht den Weg in die öffentliche Debatte gebahnt. Denn die Ampel macht als erste Regierung ernst mit dem Klimaschutz.

Aus einem beispiellos chaotischen und dilettantischen Gesetzgebungsverfahren, das sich durch fast das gesamte Jahr 2023 zog, kristallisierte sich schließlich ein Zwei-Säulen-Modell heraus. Damit soll Deutschland seine Abhängigkeit von fossilen Energien radikal reduzieren und klimafreundlich werden.

Die seit Januar geltende Novelle des Gebäude-Energie-Gesetzes schreibt nun also vor, dass neu eingebaute Heizungen (zunächst nur in Neubaugebieten) zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden sollen – was in den allermeisten Fällen auf den Einsatz der Wärmepumpe hinausläuft.

Die Vorschriften gelten vorbehaltlich des zeitgleich in Kraft getretenen Wärmeplanungsgesetzes. Das wiederum schreibt Kommunen gestaffelt vor, im Rahmen einer Wärmeplanung zu ermitteln, inwieweit in absehbarer Zeit Wärmenetze installiert werden können, die die Eigentümer dann von den Pflichten des GEG befreien.

Leider gilt für die Regierung in ihrem Kampf für klimafreundliches Heizen die alte Fußballer-Weisheit: Erst hatte sie kein Glück, und dann kam auch noch Pech dazu. Denn zunächst verbrannte das verunglückte Heizungsgesetz (und nein, nicht die wenigen Medien, die kritisch darüber berichteten) beim Bürger sämtliche Vertrauensvorschüsse in die als „Fortschrittskoalition“ gestartete Ampel.

Als dann die Aufregung überzukochen drohte, verlegte man in der SPD und der grünen Partei den kommunikativen Fokus plötzlich auf die Fernwärme als vermeintlichen Heilsbringer: Seht her, die meisten von Euch wird das Heizungsgesetz doch gar nicht betreffen!

Fernwärme-Kunden sind ihrem Anbieter ausgeliefert

Eine Botschaft, die vor allem das rot-grüne und diskursbeherrschende Metropolmilieu beruhigen sollte. Denn Wärmenetze rechnen sich am besten bei hoher Anschlussrate auf möglichst engem Raum.

Tatsächlich werden sich aber auch viele andere gewünscht haben, ihre Kommune möge sich durchringen, ein Wärmenetz für sinnvoll zu halten und zu installieren. Schließlich kann der finanzielle Aufwand, unsanierte Wohnhäuser fit zu machen für

einen effizienten Einsatz der Wärmepumpe, für Eigentümer gewaltig, der Ausgang ungewiss sein.

Nun aber gerät mit der Fernwärme auch die zweite Säule der Wärmewende öffentlich in Misskredit: Nicht mehr nur wie monatelang zuvor die regionalen Medien, sondern auch große Nachrichtenseiten berichten vermehrt von den Verwerfungen zwischen Anbietern und Kunden. Die geforderten Nachzahlungen für die Jahre 2021 und 2022 gehen zum Teil in die Tausende.

Das Problem tritt flächendeckend auf und wirft ein Schlaglicht auf die besondere Struktur dieses Energiesegments: Anders als bei Gas oder Strom sind Fernwärme-Kunden ihrem Anbieter – und dessen möglicherweise intransparentem Geschäftsgebaren – in der Regel ausgeliefert. Sie unterliegen oft einem Anschluss- und Benutzungszwang. Inzwischen hat sogar der Bundesverband Verbraucherzentrale (vzbv) Klagen gegen verschiedene Anbieter angestrengt.

In Politik und Vorfeld hat man offenbar erkannt, dass der Regierung bei der Wärmewende endgültig die Bürger von der Fahne gehen, wenn sich jetzt auch dieses Problem noch weiter in die Debatte eingräbt: Bemerkenswert zügig nämlich drang nun der Plan durch, mehr Transparenz in die Branche zu bringen. Schon im April wollen der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), der Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) und die Arbeitsgemeinschaft Fernwärme (AKFW) eine Plattform starten, auf der Fernwärme-Unternehmen aus ganz Deutschland ihre Preise hochladen.

Doch selbst wenn sich die Lage an dieser Front bessern sollte und Verbrauchern das Leben etwas leichter gemacht würde: Eines der Hauptprobleme der Wärmewende zeichnet sich gerade erst am Horizont ab. Die Transformation wächst sich für die kommunalen Unternehmen in den kommenden Jahrzehnten zur Mammutaufgabe aus.

Bislang müssen sie mehr oder weniger ausschließlich ein Gasnetz und ein herkömmliches Stromnetz betreiben und instand halten, um die Energieversorgung der Haushalte zu gewährleisten. Künftig braucht es in einer per Wärmepumpe und E-Mobilität auf Stromwirtschaft umgestellten Gesellschaft ertüchtigte Stromleitungen und Anschlussleitungen für Nah- oder Fernwärme. Zugleich aber muss das Gasnetz in dem Jahrzehnte dauernden Prozess der Transformation für immer weniger Kunden einsatzbereit gehalten werden.

Und das wird teuer: Die Stadtwerke Gießen, die dieses Problem in einer Präsentation bildhaft darstellen, setzen denn auch hinter die Forderung nach einer zuverlässigen Finanzierungssicherheit nicht weniger als vier Ausrufezeichen.

Zielkonflikt zwischen Wärmepumpe und Fernwärme

Besonders fatal ist dabei der Zielkonflikt zwischen der Wärmepumpe und der Fernwärme. Der aufwendige Aufbau eines Wärmenetzes ist umso günstiger, je mehr Haushalte ans Netz angeschlossen und hinterher mit Energie versorgt werden können. Denn auf die können die Kosten umgelegt werden.

Doch bis Kommunen entscheiden müssen, ob sie ein Wärmenetz einrichten, kann es je nach Einwohnerzahl bis 2028 dauern. Jeder Haushalt, der sich in dieser Zeit angesichts steigender CO₂-Abgaben und der gern propagierten Warnung vor fossilen Heizungen für die Wärmepumpe entscheidet, geht den Kommunen als Fernwärmekunde verloren. So werden die Wärmenetze in Bau und Betrieb noch teurer für die verbleibenden Kunden.

Das Beispiel ist ein weiteres Mosaik in einem Gesamtbild, das aktuell fast im Wochenrhythmus klarer erkennbar wird und dessen Aussage immer schwerer zu kaschieren ist: Die Energiewende ist nicht nur jetzt schon astronomisch teuer. Sie wird für die Bürger, ob als Verbraucher oder Steuerzahler, sogar noch viel teurer werden.

Dass trotzdem noch immer Politiker unwidersprochen und gegen besseres Wissen von Energie „zum Nulltarif“, von „fairer und bezahlbarer Wärme“, „billigen Erneuerbaren“ sprechen oder davon, dass „niemand alleingelassen wird“, ist vor diesem Hintergrund schwer zu ertragen.